

## Haushaltsrede 2020 - Bündnis90/Die Grünen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Eiberger,  
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,  
sehr geehrte Damen und Herren,

Der Haushalt 2020 liegt vor. Der zweite Haushalt im neuen Haushaltsrecht, dem NKHR. Und wie sind die Daten? Zu den Zahlen komme ich später.

Ein Meilenstein ist der Beschluss des Gemeinderates, einen Klimaschutzmanager einzustellen und eine Verwundbarkeitsuntersuchung für Asperg zu erstellen. Wir sind sehr froh, dass die Grünen mit ihren Klimaansätzen der Auslöser für diese Beschlüsse waren.

Mit diesen beiden Beschlüssen zeigt die Stadt Asperg, zeigt der Gemeinderat, dass sie sich zum Einen auf die nicht mehr zu verhindernden Klimaänderungen vorbereiten will (wir reden ja im Moment von der Einhaltung der Veränderung um 1,5-2 Grad und deren Auswirkungen auf die Stadt) und zum Anderen, dass wir uns als Stadt in der Verantwortung sehen, unseren Beitrag zu leisten, dass dieses Ziel eingehalten werden kann. Dass Asperg seine Klimaverantwortung annimmt und gegensteuert. Dabei wird es nicht allein auf die Stadt ankommen, deren Ausstoß an klimaschädlichen Gasen ist vergleichsweise gering gegenüber dem Gesamtausstoß. Es wird auch auf die Bürgerinnen und Bürger ankommen und dabei soll der Klimaschutzmanager eine zentrale Rolle spielen und der Stadtgesellschaft beim Umstieg zu weniger CO<sub>2</sub> helfen. Unser Ziel muss sein, bis 2040 klimaneutral zu sein. Wie es die Landesregierung zugesagt hat und damit 10 Jahre früher, als es die EU vorhat. Übrigens ist das 1,5 Grad Ziel nur zu erreichen, wenn wir das Ziel Klimaneutralität 2040 überhaupt erreichen. Sonst werden andere Szenarien Wirklichkeit. Umso wichtiger, dass wir uns vorbereiten und unseren Beitrag leisten, siehe oben.

Dieser Weg wird uns zwangsläufig dazu führen, das Thema Nachhaltigkeit in all unser Handeln als wichtigen Wirkfaktor zu begreifen. Nachhaltigkeit in der Beschaffung der Verbrauchsgüter, dem Bauen und Sanieren gehört von nun an zu den wichtigsten Kriterien. Wir sollten das unserer Meinung nach künftig auf den Vorlagen der Verwaltung klar und deutlich benennen: Ist der Beschlussvorschlag auch vereinbar mit den Klimazielen? Und wenn nicht, was müssen wir dafür tun oder leisten, um es zu erreichen?

Übrigens sollten wir auch den Weg zum fairen Handel fortsetzen. Fairer Handel ist ein wichtiger Baustein, um die Ungleichgewichte zwischen den Produzenten im Süden und den wirtschaftsstarken Ländern auszugleichen.

Nachhaltig müssen wir auch das Thema Verkehr angehen und vertiefen. Unsere Beratungen zum integrierten Verkehrskonzept müssen wir aufleben lassen. Wir brauchen Beratungen zum Radwegekonzept. Es gibt da geförderte Beratungen durch das Land.

Wir müssen den Fußverkehr ebenso in den Mittelpunkt stellen, z.B. mit einer Änderung in der Ampelschaltung in der Mitte. Mit dem Beitrag des Mitarbeiters aus dem Landratsamt, der im letzten Jahr im Gemeinderat berichtet hat, können wir uns nicht zufrieden geben. Wir beantragen dazu, dass sich die Stadt um das Programm "Fußverkehr Check" bewirbt. Mit fachlicher Unterstützung und Bürgerbeteiligung werden dabei eine Schwachstellenanalyse und ein Änderungskonzept erarbeitet.

Im ÖPNV ist auch noch Luft nach oben. Wir haben zwar jetzt eine Job-Ticket für die Mitarbeiter/innen der Stadt. Das wirkt in der Mitarbeiterbindung, aber auch in der Verkehrsverringering, hin zu einem anderen Modal Split. Wir haben auch ein Stadtticket für 3 € umgesetzt. Aber leider auch eine vom Kreistag beschlossene Tarifierhöhung. Wenn wir so weiter machen, reißen wir das wieder ein, was wir zuvor durch die große Tarifreform erreicht haben.

Nachhaltigkeit ist auch das Thema, das uns durch die Landesregierung mit dem Eckpunktepapier zum Volksbegehren Pro Biene aufgetragen worden ist. Die Grünen Minister Untersteller, Herrmann und das Ministerium für ländlichen Raum haben ein Papier mit den Initiatoren des Volksbegehrens erarbeitet, das sowohl dem Artenschutz dienen als auch den Landwirten und Wengerten ermöglichen wird, weiter eine fachgerechte und naturgerechtere Landwirtschaft zu betreiben. Aber wir als Kommune und als Bürger müssen das unterstützen. Zum Beispiel mit der verstärkten Nutzung von biologisch erzeugten Lebensmitteln in unseren Schulen und Kindergärten und durchaus auch im Rathaus. Nachweislich ist die biologische Landwirtschaft in der Lage, die Artenvielfalt zu verbessern. Aber wenn der Absatz dieser erzeugten Lebensmittel nicht gesteigert wird, können die Ziele nicht erreicht werden, künftig die ökologische Landwirtschaft auf 30-40% auszubauen. Wir stellen daher den Antrag, in allen Essen, die die Stadt für die Schulen und Kindergärten oder eigene Veranstaltungen zubereiten lässt, einen Anteil von 70% biologisch erzeugte Lebensmittel verbindlich festzusetzen. Die Verträge mit den Caterern müssen dazu angepasst werden.

Um die Artenvielfalt wieder zu steigern und mehr Lebensraum für Tier und Pflanzen zugänglich zu machen, ist es erforderlich, über die Gemarkung einen Biotopverbund zu legen. Wir beantragen daher, die im Eckpunktepapier skizzierten Planungen für eine Biotopverbundplanung anzugehen und verbindlich in der Fortschreibung des Flächennutzungsplanes aufzunehmen.

Vorbildlich hat sich die Stadt auf Antrag der Grünen bereits verpflichtet, auf Grünflächen, Verkehrsflächen und sonstigen Bereichen im Innenbereich keine chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmittel mehr einzusetzen. Artenschutz muss auch im besiedelten Bereich umgesetzt werden. Sei es durch die insektenfreundliche Gestaltung der Grünflächen - wir begrüßen die Umsetzung durch den Bauhof und wünschen uns weitere Flächen und eine extensivere Pflege. Wir müssen auch Vorkehrungen treffen, dass in den Bebauungsplänen ein Verbot der Schottergärten aufgenommen wird. Schon bisher entsprechen diese Flächen eigentlich nicht der Bauordnung. Denn in den Bebauungsplänen werden die Flächen zur "gärtnerischen Nutzung" bestimmt. Was für einen Schottergarten wohl kaum zutrifft. Das sind tote Flächen!

Auch muss in Bebauungsplänen und Baugesuchen darauf geachtet werden, dass keine großen Glasflächen entstehen, die für die Vogelwelt unsichtbar oder spiegelnd sind. Der Vogel Tod an Glasflächen wird für 10-15% aller getöteten Tiere verantwortlich gemacht. Last but not least brauchen wir einen Schutz vor weiterer künstlicher Lichtverschmutzung. Die Stadt selbst leistet ihren Beitrag, indem sie die Straßenbeleuchtung Zug um Zug gegen insektenfreundliche LED austauscht.

Die Umwelt ist durch vielerlei Schadstoffe belastet. Auch von Müll und Zigarettenkippen. Bei der Säuberung der Gemarkung im März wird es wieder deutlich. Hunderte, ja tausende Zigarettenfilter liegen in der Umwelt. Die Filter, der achtlos weggeworfenen Kippen sind hochgiftig und belasten den Boden und vor allem das Grundwasser. Die Grünen haben dazu einen Antrag gestellt und wollen das Problem weiter thematisieren. Immer mehr Städte und Gemeinden - auch im Kreis - nehmen das Thema auf. Wir stellen uns aber nicht nur eine Bestrafung vor, sondern auch eine Info- und Aufklärungskampagne.

Da fällt mir ein, dass die Stadt Tübingen eine Verpackungssteuer erlassen hat. Ziel ist die Lenkungswirkung hin zu weniger Verpackungsmüll und Einwegverpackungen bei Außer-Haus-Getränken und Mahlzeiten. Wenn ich mir das Freibad mit den Verkäufen am Kiosk ansehe, dann hätten wir dort auch ein Problem. Wir bitten die Verwaltung deshalb, auf den Pächter zuzugehen und im Sinne der Nachhaltigkeit und des Umweltschutzes den Verpackungs- und Einwegmüll zu reduzieren.

Kommen wir zum Thema Bauen. Die Stadt wird bauen müssen. Und zwar werden wir unseren Anteil zum Thema bezahlbarer Wohnbau wesentlich verstärken müssen. Dass in Asperg Bauträger investieren, Flächen kaufen und bebauen ist das Eine. Wir versuchen so gut es geht mit den

Investoren Vereinbarungen zu treffen, dass es eben nicht nur Eigentumswohnungen gibt, sondern auch Mietwohnungen. Besonders haben wir uns dafür engagiert, Mietwohnungen mit einer abgesenkten Miete zu bekommen. Wir müssen aber darüber hinaus Wohnraum schaffen, für den Bedarf, den die Stadt hat für Menschen, die obdachlos werden und für Menschen, die ein Bleiberecht erhalten. Und für Bürgerinnen und Bürger, die eine sozial verträgliche Miete brauchen, damit sie hier leben können.

Wir stellen daher folgenden Antrag:

1. die Stadt Asperg baut mit der städtischen Bau- und Verwaltungs GmbH ein Mehrfamilienhaus in den Entenäckern, wo das vorhandene Gebäude nicht mehr wirtschaftlich saniert werden kann.
2. die Stadt erstellt einen Bebauungsplan für das Gebiet im Osterholz, auf dem jetzt die Container stehen, mit dem Ziel, dort selbst Häuser im Holzbau nach dem ausgezeichneten Modell Cube 11 oder ähnlich zu errichten. Da die Hochspannungsleitung in Kürze entfällt, kann der Standort sehr gut genutzt werden. Die Container werden von den Nachbarn sehr gut angenommen. Es sollte also möglich sein, dort einen Bebauungsplan zu verwirklichen.

Und 3. wollen wir, dass die Stadt nach dem Modell von Karlsruhe versucht, leerstehende Wohnungen anzumieten und an ausgewählte Personen weiterzuvermieten. Die Stadt Karlsruhe ist dabei sehr erfolgreich und das wäre eine gelungene Maßnahme, um mehr Wohnraum wieder zu belegen. Dafür soll in einem ersten Schritt ein Haushalt in Höhe von 10.000 € zur Verfügung gestellt werden, denn die Stadt übernimmt nicht nur die Anmietung. Sie sorgt auch in einem ersten Schritt für eine Modernisierung der Wohnung und sie übernimmt das Risiko für eventuelle Probleme oder Schäden durch die Vermietung. Dieses Modell erleichtert es Wohnungsbesitzern, die oft den Aufwand scheuen, der durch eine Vermietung entsteht, ihren Wohnraum zur Verfügung zu stellen.

Die Stadt baut noch mehr. Wir errichten einen neuen Kindergarten im Grafenbühl. Und wir müssen eine Interimslösung auf dem Freibadparkplatz einrichten. Eine gute Investition in unsere Kinderbetreuung und ein Signal an die Eltern, dass die Stadt Asperg sehr viel investiert, um die Betreuungs- und Bildungslandschaft zu errichten und zu betreiben. Nicht nur in Kindergärten, auch in Schulen und Ganztagesbetreuung investieren wir weiter. Und wir investieren in ein erweitertes Familienzentrum oder einen zentralen Knotenpunkt. Ein Angebot für unserer Bürgerinnen und Bürger, das in der ehemaligen Wohnung im Gebäude der Stadthalle entsteht. Unser erster Antrag dazu ist schon Jahre her und die Diskussion hat erst wieder Fahrt aufgenommen, als wir an die Planungen für das Kinderhaus gegangen sind. Wir freuen uns darüber, mit den Kollegen die dafür gestimmt haben, das Zentrum jetzt zu verwirklichen und nicht wieder zur Diskussion zu stellen. Das erste Treffen mit 40 Personen zeigt, dass wir mit der Idee richtig liegen und dass es ein großes Interesse gibt, das Zentrum mit Leben zu erfüllen.

Die neue Sporthalle muss 2020 auch in die Planungsphase kommen. Wir hoffen, schon bald Ergebnisse der Gutachter beraten zu können. Damit wir die Standortfrage klären können. Und wir können im Gemeinderat Überlegungen anstellen, ob es doch eine Lösung für ein neues Lehrschwimmbecken gibt? Denn das Gerichtsverfahren um das Bürgerbegehren zur Lehrschwimmhalle hat ein Ende gefunden. Das Verwaltungsgericht hat unzweideutig bestätigt, dass der Gemeinderatsbeschluss, das Bürgerbegehren zurück zu weisen, rechtmäßig war. Insoweit sind wir erleichtert.

Was aber wichtiger ist, dass nun der Weg frei ist, sich wieder Gedanken zu machen und Planungen anzustellen. Solange der Prozess lief, konnten wir keine Entscheidungen treffen, wir waren gebunden. Jetzt endlich kann intensiv an Lösungen gearbeitet werden.

Die Grüne Fraktion unterstützt die Bemühungen der Verwaltung, einen Schwimmunterricht für die Grundschulen in Nachbarstädten zu organisieren. Es zeigt sich, dass in den Bädern noch freie Zeiten zur Verfügung stehen, die Bäder nicht ausgelastet sind. Wir sind daher der Ansicht, dass eine interkommunale Lösung - zusammen mit Markgröningen und eventuell weiteren Partnern - die beste

Lösung darstellt. Wir sind intensiv in Gesprächen und erwarten, dass die Verwaltung ebenfalls diese Möglichkeit weiter auslotet. Ob wir es uns am Ende leisten können, hängt davon ab, wie unser Haushalt in ein paar Jahren aussieht. Denn nach der Investition folgt die Bewirtschaftung des Gebäudes und diese Kosten überstiegen die Investitionskosten schon nach wenigen Jahren.

Mit den Planungen zur Eglosheimer Straße wird nächstes Jahr eine lang ersehnte Sanierung umgesetzt werden. Die Landesstraße gehört zu den schlechtesten Straßen im ganzen Regierungsbezirk. Und wir wurden schon oft gefragt, ob die Stadt nicht endlich die Sanierung umsetzen möchte. Doch wir hatten erst noch andere wichtige Aufgaben zu erledigen, bevor wir uns der Straße zuwenden konnten. Und angesichts der finanziellen Dimension - schließlich zahlt die Stadt rund 10 mal so viel für die Sanierung wie das Land - ist es für uns auch heute noch nicht einfach, das Geld aufzubringen. Und wenn wir zwei Jahr bauen und zahllose beschwerliche Verkehrssituationen durchstehen müssen, werden auch viele Befürworter der Sanierung hadern. Aber jetzt sind wir auf dem Weg. Und die Planungen lassen auf eine gute Lösung hoffen. Wir werden die Straße sanieren und den Charakter dieser Durchgangsstraße deutlich verändern. Durch die neue, weniger breite Straße, durch die 30 Bäume, die wir entlang der Straße pflanzen werden, wird die Straße stadtvträglicher werden.

Und sie wird leiser werden. Im Lärmaktionsplan, der gerade fortgeschrieben wird, wird sich dies niederschlagen. Wir müssen aber alles dafür tun, dass die Geschwindigkeitsbegrenzung in der Nacht bleibt. Ja, wir müssen darauf drängen, in Asperg eine Tempo 40- Regelung auf allen Kreisstraßen zu allen Zeiten zu bekommen, wie dies in anderen Städten auch erreicht worden ist.

Wir bereiten auch den barrierefreien Umbau der Bushaltestellen vor. Nach den Vorgaben von 2013 (Personenbeförderungsgesetz) müssen wir bis Januar 2022 fertig sein. Dies ist Stand heute nicht möglich, aber wir beginnen. Wir beantragen dazu, beim Umbau auch mehr Wetterschutz zu gewährleisten. Es gibt zu viele Haltestellen ohne ausreichenden Schutz für die Nutzer. Die Förderung des ÖPNV erfordert auch einen bequemen, geschützten Wartebereich. Und wir regen an, die Buswartehäuschen, wo immer möglich, mit einer Dachbegrünung auszustatten. Dies ist ein winziger, aber wirkungsvoller Beitrag für ein besseres Stadtklima und mehr Grünflächen für Insekten.

Im Rahmen der Klausur des Gemeinderates haben wir uns Gedanken gemacht, wie wir Asperg in den nächsten 15 Jahren entwickeln wollen. Wo unsere Stärken liegen, wo wir Gemeinsames feststellen können und wir zu einer guten, zukunftsfähigen Stadtentwicklung beitragen können. Dazu gehört auch die Wiederbelebung des Verkehrsentwicklungsplanes, eines ernsthaften Stadtentwicklungskonzeptes und einer Wirtschaftsförderung. In diesem Zusammenhang müssen wir uns nicht nur um eine neue Sporthalle kümmern, uns weiter als sicherer Hafen bewähren, die sozialen Standards halten und ausbauen, denn auch der demographische Wandel erfordert neue Antworten. Wir müssen uns auch Gedanken machen, wie wir in Asperg die ärztliche Versorgung auch in Zukunft sicherstellen können.

Asperg hat ein interessantes und vielfältiges Kulturprogramm. Mit dem Glasperlenspiel und der Schwabenbühne sind zwei sehr gute, überregional bekannte Bühnen am Ort. Wir haben aber auch einen städtischen Saal, der sich sehr gut für Kulturveranstaltungen eignet. Der Keltensaal. In dem sogar ein wertvoller Flügel steht. Allerdings sind die Kosten für den Saal sehr hoch. Das macht eine Kulturveranstaltung sehr schwierig und zu einem finanziellen Wagnis. Wir beantragen daher eine Änderung der Satzung, mit dem Ziel, Kulturveranstaltungen zu fördern. Für Kulturveranstaltungen, wie z.B. Lesungen, Konzerte, Theateraufführungen, kulturelle oder historische Vorträge, Kabarett etc. sollte der Mietpreis auf 150 € reduziert werden.

Die Grüne Fraktion bedankt sich an dieser Stelle auch bei allen Freiwilligen, den ehrenamtlich Tätigen in Vereinen, Kirchen und Organisationen. Wir bedanken uns bei der Polizei, den Rettungskräften und

der Feuerwehr, die für unserer Bürgerinnen und Bürger da sind und uns Sicherheit geben. In Asperg kann man gut und gerne leben.

Ich möchte nun noch ein anderes Ende wählen. Ich zitiere aus der Haushaltsrede von Bürgermeister Eiberger vom 14. Januar. Er sagte: "Die Aufstellung und Beschlussfassung des Haushaltes - bekanntlich das Königsrecht des Gemeinderates - ist die wichtigste Aufgabe zu Beginn eines jeden Haushaltsjahres".

Nur, wenn der Haushalt eingebracht wird, dann ist er regelmäßig von der Kämmerei, den Amtsleitern und dem Bürgermeister aufgestellt. Und nicht vom Gemeinderat. Dann sind die Schwerpunkte gesetzt. Und die Aufgaben mit Ausgaben versehen, oder eben verschoben auf ein späteres Haushaltsjahr. Dem Gemeinderat bleiben dann nur noch die Beratung und die Beschlussfassung inklusive den Haushaltsreden, die wir gerade hören. Am Ende der Reden stimmen die Fraktionen zu, eine Änderung ist nicht mehr möglich.

Nach unserem Verständnis müssen wir zu einer anderen Haushaltsaufstellung kommen. Wir brauchen Zeit und Beratungen darüber, was die Fraktionen im Gemeinderat für politische Vorstellungen haben. Denn wenn wir nur bei den Haushaltsreden Anträge stellen, verlieren wir mitunter ein Jahr, in dem unsere Anträge nicht umgesetzt werden können, weil sie nicht im Haushalt stehen. Wir bitten daher erneut darum, dass wir eine Haushaltsklausur oder Sondersitzung des Gemeinderates machen, in der über die politischen Anträge und Ideen der Fraktionen beraten wird, damit diese - so sie Mehrheiten finden - in dem kommenden Haushalt noch vor der Beratung aufgenommen werden können.

Beispiel war vor Jahren unser Antrag zu einer Schadstoffmessstelle. Dem wurde zugestimmt, aber weil keine Mittel im Haushalt waren, wurde er nicht umgesetzt. Einen ähnlichen Fall haben wir im diesjährigen Haushalt. Wir hatten besprochen, dass wir im Bürgergarten eine öffentliche Toilette bauen wollen. Über die Ausführung waren wir uns noch nicht einig, aber darüber, dass wir Geld im Haushalt 2020 dafür einsetzen wollen. Nach vielen Jahren und endlosen Debatten sollte dies endlich verwirklicht werden. Nur in diesem Haushalt, der am 14. Januar eingebracht wurde, ist wieder keine Toilettenanlage im Bürgergarten vorgesehen. Eine Änderung im Haushaltsplan werden wir heute in einem interfraktionellen Antrag als außerplanmäßige Ausgabe beantragen.

Wir beantragen daher heute eine Beratungssitzung zum Haushalt im Oktober. Zu diesem Zeitpunkt sollen die wichtigsten Vorhaben für den Haushalt 2021 vorgestellt werden und die Fraktionen sollen ihre haushaltswirksamen Anträge gebündelt stellen, damit sie rechtzeitig beraten und behandelt werden können. Umso noch im Haushaltsplan Eingang zu finden.

Zu den Zahlen aus dem Haushaltsplan wollen wir auch noch etwas sagen. Die Zahlen sind gut. Im Moment. Aber unsere Aufgaben und damit Ausgaben sind gewaltig. Stand heute, werden wir unsere Rücklagen für die Projekte aufbrauchen und schon in zwei Jahren wieder Schulden aufnehmen müssen.

Projekte, wie der Ausbau der Gruppen-Kläranlage Leudelsbach, oder die Investitionen in den Breitbandausbau sind da noch gar nicht enthalten. Das kommt noch on top. Deshalb werden wir weiter das Machbare vor Augen haben und das, was wünschenswert ist, gewissenhaft prüfen.

Zwar werden auch diese Zeiten vorüber gehen und wenn unsere Wohngebiete aufgesiedelt sind, werden wir auch weitere Einkommenssteueranteile erhalten. Aber wie das so ist, mit den Einnahmen (sprich den Steuern) steigen auch die Ausgaben (Kindergarten, Schule, Infrastruktur).

Wir alle wissen, dass ein einmaliges Jahr hinter uns liegt. Ein Jubiläumsjahr, das viel Positives für Asperg gebracht hat. Wir denken nicht nur an die Feierlichkeiten und vielen Darbietungen, sondern

vor allem daran, wie Bürgermeister Eiberger in seiner Rede ausgeführt hat, dass das Jubiläumsjahr die Stadtgesellschaft ein Stück weit zusammen gebracht hat. Es wurde wieder klar, was es heißt in Asperg zu leben und was die Stadt ausmacht. Dafür an dieser Stelle auch von den Grünen in Asperg ein herzliches Dankeschön an alle, die mitgewirkt und mitgearbeitet haben. Die Anstrengungen waren enorm, die Freude aber auch.

Aber es ist auch gut, dass dieses Jahr nun zu Ende gegangen ist, denn die Organisation hat doch viele Kräfte gebunden, hat unzählige Stunden an Mehrarbeit verursacht. Was die Mitarbeiter in der Verwaltung und den Einrichtungen so ganz "nebenbei" zur täglichen Arbeit erledigt haben, ist enorm und auch dafür danken wir ausdrücklich. So manches ist liegen geblieben, was nun wieder angegangen werden muss. Freuen wir uns also auf ein arbeitsreiches Jahr 2020 mit vielen wichtigen Entscheidungen für die Stadt und ihre Bürgerinnen und Bürger.

Die Fraktion Bündnis90/Die Grünen stimmen der Haushaltssatzung und dem Haushaltsplan 2020, sowie dem Wirtschaftsplan 2020 der Stadtwerke Asperg zu.